

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Journals Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen.

Postfachkonto: Dresden 1634
Groschke Nr. 52.

Nr. 300.

Dienstag, 29. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontinu gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterehaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die „Großmacht“ Polen.

Aus Paris hören wir eine recht beachtende Nachricht. Da schreibt Verlax in seinem „Echo de Paris“, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine völlige Umgestaltung des Völkerbundes zur Folge haben müsse. Deutschland müsse ja allerdings einen ständigen Sitz im Rat erhalten, aber es gäbe auch andere Staaten, denen man das gleiche Recht nicht freitig machen dürfe. Unter diesen anderen Staaten bezeichnet Verlax u. a. Polen. Er teilt sogar mit, daß von Warschau aus bereits gewisse Vorläufer diplomatischer Art in dieser Richtung unternommen worden seien. Sehr interessant ist es zu vernehmen, daß Polen sein Verlangen damit begründet, die Mehrzahl der Fragen, die Deutschland vor den Völkerbund bringen werde, berühren unmittelbar die polnischen Interessen. Selbstverständlich tritt Verlax für die Erfüllung der polnischen Wünsche ein. Er weist aber gleichzeitig auf „Schwierigkeiten“ hin, die durch die Erweiterung des Völkerbundes entstehen könnten. So wäre durch eine Erhöhung der Zahl der Völkerbundsmitglieder die Möglichkeit nicht mehr gegeben, die Beschlüsse des Rates mit Einmütigkeit zu fassen. Verlax ist ja allerdings nicht die französische Regierung. Wir können aber auch nicht wissen, ob diese Ansicht des französischen Journalisten sich mit der Auffassung des Ducloux in dieser Frage deckt. Aber in Anbetracht, daß sich Verlax bisher immer als ziemlich gut orientiert zeigte, wird man gut tun, hier in Berlin seine letzten Ausführungen genau durchzulesen. Denn was Verlax da vorbringt, bedeutet nichts anderes als ein Durchbrechen der Versprechungen, die man uns damals in Vercors im Hinblick auf die Auslegung des Art. 16 machte. Daß es gerade Polen ist, das den Meist in den berühmten Geist von Vercors hineinreden soll, wirkt wiederum ein beachtendes Licht auf die unentwerteten Expansionsgelüste, die man in Warschau hegt. Man sieht hieraus, wie wenig man dort aus der finanziellen Misere und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch im Lande gelernt hat und wie sehr man nach wie vor weiter bestrbt ist, auch die vitalen Interessen des Volkes zurückzusetzen, wenn es gilt, Polen mit dem Mantel einer Großmacht zu umfalten.

Betrachten wir uns einmal das wahre Gesicht Polens: Eine völlige Zerrüttung der Staatshinrichtungen, ein völliger Zusammenbruch der einst so blühenden Eisen- und Hüttenindustrie in Polnisch-Oberschlesien, ein völliges Brachliegen der einst so glänzenden Textilindustrie in Lodz, Armur und Gend im Lande, Arbeitslosigkeit in den Städten. Dallen wir uns dagegen die hilflosen Bemühungen vor Augen, mit denen die polnische Regierung versucht zu „sanieren“. Man kann schon jetzt sagen, daß es ihr nicht gelungen ist, durch die Einführung des Blois die Inflation zu beseitigen. Genau so wenig wie es ihr gelungen ist, das Budget des Staates in ein gewisses Verhältnis zu den Ausgaben und den wirtschaftlichen Möglichkeiten zu bringen. Nicht bezeichnend für die ganze Miswirtschaft ist, daß ungefähr die Hälfte des polnischen Staatshaushaltes der Deeresetat in Anspruch nimmt. Nicht hinzuzurechnen in diesem Etat sind die Ausgaben, die die Regierung für allerhand nationalpolitische Zwecke, Geheimorganisations- und Propaganda in Ostpreußen ausgibt. Obgleich Polen keine Marine besitzt — die paar uralten und wertlosen Kanonenboote und Kohlenkäste, die eine polnische Marineflagge zeigen, kann man wirklich nicht als „Marine“ bezeichnen — obgleich also Polens Interessen „auf hoher See“ wirklich lächerlich sind, kann es sich das polnische Kriegsministerium nicht versagen, in Geddingen bei Danzig einen pompösen Kriegshafen zu bauen. Ebenso wenig verdrängt ist die Anlage eines großen Munitionslagers im Danziger Hafen. Vielleicht kann man doch die wahre Begründung für diese Bauten erkennen. Zu deutlich erhebt sich hierdurch der polnische Wille, endgültig das deutsche Danzig in Besitz zu nehmen. Diefelbe Expansionspolitik wie hier sieht man deutlich in den in Erscheinung tretenden Gelüsten auf Oberschlesien. Wie stark sich in diesem ferndeutschen Land die großpolnische Propaganda bemerkbar macht, kann der feststellen, der sich eine längere Zeit dort auf dem Lande aufgehalten hat. Es ist ja selbstverständlich, daß diese polnischen Maßnahmen bei der deutschen Bevölkerung auch nicht den geringsten Eindruck machen. Aber immerhin, der Warschauer Apparat verheißt es, in Geis mit allerlei Argumenten zu spielen, die die polnischen Expansionsgelüste stützen sollen. Und man darf nicht vergessen, Polen hat in Frankreich einen großen Freund, der mit breiter Zustimmung alles verfolgt, was dieser kleine Gernegroß dem deutschen Volke an Schabernack zufügen verheißt.

Der polnische Größenwahn richtet sich aber nicht allein gegen Deutschland, auch die umliegenden Länder werden von der Warschauer Großmachtspolitik bedroht. Man weiß, wie gespannt die litauischen-polnischen Beziehungen sind. Niemals werden die Litauer es den Polen verzeihen, daß das heilige Wilna, die eigentliche Hauptstadt Litauens durch einen fremden Handreich polnisch wurde. Und dann Rußland! In Moskau weiß man wohl, daß der Wiederaufbau des Landes und die Wiederherstellung der Großmachtstellung nur auf das gute Einvernehmen mit Deutschland sich wieder gründen läßt. Die ganzen wirtschaftlichen Kanäle und Wege drängen nach Deutschland. Aber mitten auf dem Weg liegt die „Großmacht“ Polen. Daß daher Rußland an einem Versehen des polnischen Staates überhaupt kein Interesse hat, ist verständlich.

Es ist jetzt Mode geworden, bei den Regierungen aller Länder von der notwendigen Befriedigung der Welt zu sprechen. Kann es eine Befriedigung der Welt geben, so lange es ein Polen gibt, das mit seinen Grenzen unzufrieden, gestützt durch französische Geld, immer wieder versucht, diese Grenzen zu durchbrechen und zu erweitern? Wenn in der

Hauptstadt dieses Polens Tag für Tag ein Geist des Chauvinismus großgemacht wird, ein Geist, der auch nicht im geringsten mit den Größenverhältnissen des Landes und seiner Bedeutung in Einklang zu bringen ist. Wie jedes Land, hat auch Polen seine „Geschichte“. Diese polnische Geschichte ist sehr lehrreich. Sie zeigt recht klar, wie das polnische Volk nie die Kraft besaß, sich als selbständiges Staatswesen zu behaupten. Es gab auch Zeiten, wo Polen eine Blüte hatte, wo es ihm gelang, begünstigt durch außenpolitische Verhältnisse, seine Grenzen nach Osten und Westen auszuweiten. Aber diese Blütezeit war immer nur von kurzer Dauer. Dem plötzlichen Aufstiege folgte stets unmittelbar wieder der ebenso plötzliche Sturz ins Nichts. Diefen immer wiederkehrenden Verfall des Reiches kann man nicht allein aus einem Mangel an staatspolitischer Einsicht der verantwortlichen Regierungen erklären, eher schon aus einer ausgeprägten polnischen Unfähigkeit, die Geleise der Wirtschaft zu erkennen, und dann aus der Unfähigkeit des Volkes, aus seiner Faulheit. Nicht umsonst hat man das Wort von der „polnischen Wirtschaft“ geprägt. Polnische Wirtschaft früher, polnische Wirtschaft jetzt, das wäre so im ganzen die geschichtliche Erfahrung, die Polen der Welt zeigte. Auch das letzte selbständige Polen, wie es durch den Verfall der Friedensverträge fastlich geschaffen ist, wird diese Erfahrung nicht zügel strafen. Und so dürfte es schließlich den Weg gehen, den es so oft in früheren Zeiten gegangen ist. Das wäre das Polen, das jetzt wieder mal in Geis versucht, dem großen deutschen Volk mit seinen 60 Millionen arbeitsfähiger, fleißiger und aufstrebender Menschen einen Stein in den Weg zu werfen. Auf Geheiß von Paris? Das wissen wir nicht, aber die Ausführungen Verlax in seinem „Echo de Paris“ nähern diese Ansicht. Wenn Frankreich wirklich ein Interesse daran hat, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt, und seine wirtschaftliche Kraft mit dazu verwendet, das gefährdete Europa wieder fräftig und konkurrenzfähig zu machen, so könnten solche Tendenzen und Versuche, wie sie von Verlax verkündet werden, nur dazu dienen, einen solchen Wunsch zu verhindern. Wenn ein solcher Wunsch überhaupt vorhanden war, hierüber wird ja Paris bald Klarheit schaffen müssen.

Die Neuregelung des Reichskabinetts.

Berlin. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen über die Regierungsbildung nunmehr auf den 12. Januar 1926 festgesetzt worden. Das Zentrum hat die gemeinsame Tagung der Parteileitung und der Fraktionsvorstände erst für den 10. Januar einberufen, weil es verbindlich will, daß vor der nochmaligen Ausrufung der Großen Koalition irgendwelche anderweitige Bemühungen zur Lösung der Regierungskrise unternommen werden. Die Zentrumsvorstände werden am 10. Januar einen formulierten Beschlus fassen, der die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Grundlage der Großen Koalition fordert und der dem Reichspräsidenten noch am selben Tage zugestellt werden soll. Demnach ist anzunehmen, daß Reichspräsident von Hindenburg nochmals einem Führer des Zentrums die Regierungsbildung anbietet und daß auf Grund dieser Sachlage wahrscheinlich Dr. Marx den Auftrag annehmen dürfte.

Marx über die künftige Reichsregierung.

Berlin. Dr. Marx, der frühere Reichskanzler und Parteivorsitzende des Zentrums, spricht sich in einem Zentrumsblatt über die Frage der Neubildung der Regierung aus. Er erklärt, daß man sich auch jetzt, wie im vorigen Jahre, in völliger Ungewißheit darüber befindet, wie die Regierung gebildet werden solle. Die Demokraten hätten mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie sich an einem Winderheitskabinetts nicht beteiligen würden, und beim Zentrum sei eine Mehrheit derselben Aussicht zu sein. (Es ist aber sehr interessant, festzustellen, daß also Dr. Marx selbst nicht weiß, was das Zentrum eigentlich will. (Es blieben, führt Dr. Marx dann fort, somit nur noch drei oder höchstens vier Möglichkeiten übrig: Entweder die Sozialdemokraten nehmen noch nachträglich Vernunft an und erklären sich zur großen Koalition bereit, oder es komme ein sogenanntes überparteiliches Kabinetts, das für eine Uebergangszeit bestimmt ist, vielleicht bis zum Frühjahr, oder es komme zur Auflösung des Reichstags. Dann wäre die Lösung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten nur vertagt, aber nicht geschwunden. Es wäre allerdings noch eine weitere Möglichkeit denkbar, die schließlich noch eher zugetragen wäre als die Auflösung des Reichstags. Man könnte nämlich an die Bildung irgendeines Kabinetts, sei es eines Winderheitskabinetts oder eines Beamtenkabinetts denken, das dann vom Reichstag sich die Ermächtigung geben ließe, die im Interesse des Staatswohls erforderlichen Maßnahmen vorbehaltlich der späteren Genehmigung des Reichstages zu treffen. Auch das würde eine Abdankung des reinen Parlamentarismus sein.

Die Ferienpause.

Berlin. Wie gemeldet wird, kehrt Reichskanzler Dr. Luther von seinem Erholungsurlaub erst am 7. Januar zurück. Vorher dürfte Reichspräsident von Hindenburg weitere Schritte in der Neubildung der Regierung nicht unternehmen. Der Zentrumsführer, Reichskanzler a. D. Dr. Marx, der bei den kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung eine große Rolle spielen wird, dürfte erst gegen den 9. Januar in Berlin eintreffen. Am 10. und 11. Januar werden die Reichstagsfraktionen ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Berlin. In der Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen verschiedentlich von einem 100 Millionen-Fonds gesprochen worden, der nunmehr zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeschüttet werden solle. Damit hat es, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, folgende Bewandnis:

Der Reichsarbeitsminister kann zur Unterstützung von Maßnahmen, die geeignet sind, den Abbau der Erwerbslosenfürsorge zu fördern, insbesondere zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für die Erwerbslosen, Darlehen oder Zuschüsse aus Reichsmitteln bewilligen. In diesem Zweck werden ihm in jedem Haushaltsjahre bestimmte Mittel zur Verfügung gestellt. Sie werden in erster Linie zu Darlehen für öffentliche Notstandsarbeiten verwendet. Von den Mitteln, die nach dem Haushaltsplan 1925 für die produktive Erwerbslosenfürsorge bereit stehen, ist ein erheblicher Teil schon im Laufe des Haushaltsjahres verausgabt worden. Die noch vorhandenen Mittel sollen unter entgegenkommenden Bedingungen den Gebieten zugute kommen, die besonders unter Erwerbslosigkeit zu leiden haben, und hier zur beschleunigten Einleitung weiterer Notstandsarbeiten dienen. Die Bewilligung von Reichsmitteln setzt voraus, daß die Länder den gleichen Betrag für die produktive Erwerbslosenfürsorge verwenden. Die Mittel, die damit insgesamt zur Verfügung stehen, reichen zweifellos aus, um die Notlage der Arbeitslosen fühlbar zu lindern.

67000 unterstüzte Arbeitslose.

Berlin. Nach der letzten Zählung der unterstützten Erwerbslosen sind im unbedienten Deutschland 567 200 oder 10,6 pro Tausend der Bevölkerung erwerbslos. Im bedienten Gebiet betrug die Zahl der Erwerbsloseneinpfänger 102 000 oder 17,46 pro Tausend der Bevölkerung. Die nicht unterstützten Erwerbslosen dürften nach allgemeiner Schätzung etwa 320 000 betragen.

Eine Erklärung über die Zeppelin-Göner-Spende.

Berlin. Der Reichsausschuss für die Zeppelin-Göner-Spende veröffentlicht folgende Mitteilung: Nachdem ein hiesiges Montagsblatt vor einiger Zeit Vorwürfe erhoben hatte, die allenfalls noch als ein Hinweis auf vermeintliche sachliche Schäden ausgelegt werden könnten, geht es jetzt dazu über, Angriffe zu bringen, die nichts weiter als die Wiedergabe mühsigen Klatsches entlastener Angelegter darstellen, den in der Presse dreistütret sich nicht verlohnt.

Der Reichsausschuss wird nunmehr, unabhängig von der auf seine Veranlassung erfolgenden Ueberwachung durch Kontrollorgane des Auditoriums, von sich aus die in Frage kommenden behördlichen Stellen um Ueberprüfung seiner gesamten Geschäftsführung eruchen und wegen der in den Veröffentlichungen enthaltenen verfeinernden Behauptungen Strafantrag stellen. Insbesondere werden auch die Mitteilungen, die das Blatt in Bezug auf einen in der Geschäftsstelle des Reichsausschusses tätigen, früheren höheren Staatsbeamten aufweist, der übrigens nicht der Leitung der Spende angehört, eine Klarstellung vor Gericht erfordern.

Der Reichsausschuss ist dankbar für jede Kritik, die den ernstlichen Willen zur Mithilfe erkennen läßt. Er lehnt aber für jetzt und künftig ab, sich von seiner, unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen doppelt schwierigen positiven Arbeit für die Erhaltung des Werkes Zeppelins durch Befähigung mit Pamphleten ablenken zu lassen, die lediglich lächerlicher Sensationsmache entspringen.

Die finanzielle Not der deutschen Städte.

Der Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. H. Berlin, gewährte einem Vertreter der „Telegraphen-Union“ eine Unterredung, in der er sich über die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden kommunalpolitischen Fragen äußerte. Die deutschen Städte werden nach Ansicht des Oberbürgermeisters zur Behebung der sozialen Not in diesem Winter nur wenige Notstandsmaßnahmen durchführen können. Das, was notwendig ist, werden sie bei der von Tag zu Tag wachsenden ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht bewältigen können, weil ihnen die erforderlichen Mittel durch die Finanzausgleichspolitik des Reiches und der Länder entzogen worden sind. Die stete Zuweisung neuer, insbesondere sozialer Aufgaben seitens des Reiches an die Gemeinden ohne gleichzeitige Hergabe von Mitteln hat die deutschen Gemeinden in eine überaus schwierige Lage gebracht, die sie zwingen wird, ihren Bürgern neue Lasten aufzuerlegen. Das sind Lasten, die mittelbar durch das Reich herbeigeführt worden sind. Die Finanzpolitik der deutschen Gemeinden wird im kommenden Jahr dahin ausgehen müssen, daß im Reich und in den Ländern endlich eine sparsame Verwaltung erreicht wird, die es ermöglicht, den Interessen der Gemeinden entgegenzukommen. Die Gemeinden selbst werden die höchste Sparmaßnahme anwenden müssen, um bestehen zu können. Ihre Maßnahmen werden besonders dahin zu richten sein, daß sie dazu beitragen, daß die Wirtschaft in Deutschland wieder in Gang kommt, die Volkskraft wieder aufbaut und im Endziele die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt wieder herbeiführt wird.